



Landesarmutskonferenz Berlin

Berlin, 17.10.2017

"Obdachlose im Park" – Unterstützung statt Repression!

Mit Erschrecken verfolgt die Landesarmutskonferenz Berlin die aktuelle Diskussion zu den wohnungslosen Menschen, die vermehrt in öffentlichen Parkanlagen Berlins nächtigen. Als Folge der Globalisierung Europas, aber auch fehlender menschenwürdiger Notunterkünfte in Berlin, sehen viele wohnungslose Menschen derzeit keine andere Möglichkeit, als auf der Straße, in Parks und Abbruchhäusern zu überleben. Darunter sind EU-BürgerInnen vor allem aus Südosteuropa, die in ihrer Heimat keine Chance mehr für sich sehen, geflüchtete Minderjährige und junge Erwachsene, aber auch deutsche Alleinstehende. Die Forderungen von hilflosen PolitikerInnen, hierauf mit repressiven Maßnahmen zu reagieren, wird das Problem nicht lösen.

In der Berichterstattung der Medien wird das Ganze zudem oft mit versteckten oder deutlichen Ressentiments gegen Nicht-Deutsche Wohnungslose aufgeladen. Hierzu stellen wir fest: Es gibt ein ernsthaftes Problem, und dies hat Gründe, die nicht allein von Politik und Verwaltung zu vertreten sind.

Es gibt aber auch eine rechtswidrige Praxis vieler Sozialämter, mit den Betroffenen umzugehen: Im Gegensatz zur oft falschen oder missverständlichen Berichterstattung gibt es laut Ordnungsgesetz (in Berlin: ASOG) eine Verpflichtung des Staates, bei unfreiwilliger Wohnungslosigkeit eine Unterkunft bereit zu stellen. Diese Verpflichtung ist unabhängig vom Aufenthaltsstatus und auch unabhängig vom Anspruch auf Sozialleistungen in Deutschland. Dies ist 2015 von einem Rechtsgutachten im Auftrag der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. unmissverständlich geklärt worden (<http://www.bagw.de/de/themen/notversorgung/gutacht.html>).

„Das Nichtvorhandensein von ausreichend Notunterkunftsplätzen entbindet die Ordnungsämter (in Berlin: Sozialämter) nicht von dieser Verpflichtung. Um es plakativ zu formulieren: Kann keine andere Lösung gefunden werden, müsste ein Zimmer im Hotel

Kontakt: Wilhelmstraße 115 | 10963 Berlin | Tel: (030) 69 03 82 75 | Fax: (030) 69 03 82 49
info@landesarmutskonferenz-berlin.de | www.landesarmutskonferenz-berlin.de

Sprecherin: Ingrid Stahmer, **Sprecher:** Hermann Pfahler

Spendenkonto: Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V., Betreff: Landesarmutskonferenz Berlin
Evangelische Bank | IBAN: DE07 5206 0410 4403 9001 77 | BIC: GENODEF1EK1



angemietet werden,“ sagt Dr. Susanne Gerull, Fachgruppensprecherin der Landesarmutskonferenz Berlin und Professorin an der ASH-Berlin.

Wir fordern die neu gebildete "Taskforce" in Berlin auf, Unterstützungsmaßnahmen zu entwickeln bzw. vorhandene adäquat zu finanzieren statt repressive Maßnahmen durchzuführen, die zudem nutzlos sind: Die wohnungslosen Menschen mit ihren Multiproblemlagen sind da – und kommen wieder, wenn sie verdrängt oder abgeschoben werden.

Die Landesarmutskonferenz Berlin fordert außerdem:

Allen in Berlin lebenden obdachlosen Menschen ist Unterkunft zu gewähren, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Staatsangehörigkeit!

Individuelle Lösungen unter Einbeziehung der Obdachlosen sind erforderlich. Aufsuchende Sozialarbeit, ausgestattet mit ausreichenden Ressourcen (Personal und Unterkünften) kann dies leisten. Vertreibung führt zur Verlagerung des Problems.

Für die in Deutschland gestrandeten Menschen aus anderen EU-Ländern muss auf nationaler und europäischer Ebene eine soziale Absicherung geschaffen werden.

Die Landesarmutskonferenz Berlin (lak) wurde 2009 gegründet. Ihr gehören mehr als 60 soziale Organisationen, Initiativen und Vereine aus Berlin an. Sie hat zum Ziel, die Ursachen von Armut zu bekämpfen und die Aktivitäten zur Überwindung von Armut zu vernetzen.

Weitere Informationen unter www.landesarmutskonferenz-berlin.de

Kontakt: Wilhelmstraße 115 | 10963 Berlin | Tel: (030) 69 03 82 75 | Fax: (030) 69 03 82 49
info@landesarmutskonferenz-berlin.de | www.landesarmutskonferenz-berlin.de

Sprecherin: Ingrid Stahmer, **Sprecher:** Hermann Pfahler

Spendenkonto: Diakonisches Werk Berlin Stadtmitte e. V., Betreff: Landesarmutskonferenz Berlin
Evangelische Bank | IBAN: DE07 5206 0410 4403 9001 77 | BIC: GENODEF1EK1